


Mehr Ökonomie wagen

Nachhaltigkeit. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die wirtschaftliche Entwicklung, den Umweltschutz und soziale Ziele langfristig miteinander in Einklang zu bringen. Doch die ökonomische Dimension kommt zu kurz. 

Wirtschaftliche Entscheidungen, neue Haushaltspläne oder Vorschriften zum Umweltschutz – wann

ist etwas nachhaltig? Eine grobe Antwort lautet: Wenn verschiedene Aspekte berücksichtigt werden, kei-

ner zulasten des anderen geht und alles langfristig tragfähig ist.

Ob ein Staat nachhaltig wirtschaftet, zeigen z. B. seine Finanzen. Doch nicht nur der offizielle Schuldenberg deutet auf eine Schieflage hin. Viel wichtiger sind jene Ausgaben, die etwa durch gesellschaftliche Veränderungen wie die Überalterung entstehen, aber nicht durch künftige Einnahmen gedeckt werden. Diese impliziten Schulden sind oft viel höher als jene, die schwarz auf weiß in den Büchern stehen (Grafik).

Die Bundesrepublik hatte schon 2005 dreieinhalbmal so viele implizite wie explizite Schulden.

Die öffentliche Verschuldung ist nur einer von vielen Punkten, die die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 vernachlässigt (Tableau Seite 2). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) schlägt auch noch folgende Kennziffern vor:

- **Inflationsrate.** Eine hohe Inflation vernichtet Vermögen, Preise und Löhne schaukeln sich hoch, Gläubiger und Bezieher von Transfer- →

Internationales Ranking der Nachhaltigkeitslücken

Die aufgelaufenen – expliziten – Staatsschulden allein sagen über die Frage, wie nachhaltig ein Staat wirtschaftet, wenig aus. Denn dafür müssen die impliziten, noch nicht sichtbaren Schulden mit einbezogen werden, vor allem künftige Renten- und Pensionszahlungen. Die Summe aus der expliziten und impliziten Verschuldung bezeichnet man als Nachhaltigkeitslücke.

Lesbeispiel: Deutschland hatte im Jahr 2005 explizite Schulden in Höhe von 65 Prozent des BIP und implizite Schulden von 229 Prozent des BIP, wenn man die künftige Entwicklung betrachtet.

in Prozent des BIP, 2005	Explizite Staatsschuld	Implizite Staatsschuld	Nachhaltigkeitslücke
Norwegen	41	-58	-17
Spanien	43	-12	31
Schweiz	56	-12	45
Österreich	62	165	226
USA	58	170	228
Frankreich	62	170	232
Deutschland	65	229	294
Vereinigtes Königreich	39	467	505

Negative Vorzeichen bei impliziter Staatsschuld: Keine Schulden, sondern künftige Überschüsse zu erwarten; Quelle: Raffelhüschen et al. 2010: Ehrbare Staaten? Die deutsche Generationenbilanz im internationalen Vergleich

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwvd 43

Inhalt

USA: Die hohe Arbeitslosigkeit bremst den privaten Konsum aus. Doch für neue Wachstumsprogramme fehlt Geld. Seite 3

Bildungsausgaben: Bei den Ausgaben je Schüler steht Deutschland im internationalen Vergleich ganz gut da. Seite 4

Berufliche Integration: Menschen mit türkischen Wurzeln sind beruflich besser integriert als oft angenommen. Seite 5

Urlaubs- und Feiertage: Deutsche Arbeitnehmer haben viele bezahlte Urlaubs- und Feiertage. Seite 6

Internet: Das Speichern von Daten oder die Nutzung von Software im Internet ist ein Markt mit Zukunft. Seite 7

Digitalisierung: Ab Mai 2012 gibt es in Deutschland keinen analogen Satellitenempfang für Fernsehen und Radio mehr. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ einkommen können sich wenig wappnen, die Zinsen steigen.

- **Arbeitsproduktivität.** Gleicher Einsatz, aber mehr Output – eine höhere Arbeitsproduktivität schafft Wohlstand sowie Spielraum für Tarifvereinbarungen und damit auch für tendenziell höhere Löhne.
- **Lohnstückkosten.** Eine gute Wettbewerbsposition und ein hohes Wohlstandsniveau können nur dann verteidigt werden, wenn die Lohn-

stückkosten im Vergleich zu anderen Industrieländern nicht zu hoch sind.

- **Abgabenquote.** Wer viel Steuern zahlen muss, investiert weniger gern. Würde die hohe deutsche Abgabenquote sinken, wäre das eine gute Basis für ein stärkeres Wachstum.
- **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.** Je größer der Anteil der erwerbsfähigen Bürger, desto eher ist ein steigender Wohlstand pro Kopf im Land zu erwarten.

- **Qualität der öffentlichen Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit.** Beides sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Sicherung von Wohlstand – nur sollte sich die Bürokratie auf das Notwendige beschränken, um effizient zu bleiben.

- **Gründungsdynamik.** In Deutschland sind nur rund 4 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Jungunternehmer. Wichtig für die Gründungsdynamik ist allerdings auch die Anzahl der Gründungen, die nach einigen Jahren noch erfolgreich am Markt sind.



- **Exportserfolge.** Die Bundesrepublik hat eine exportstarke Industrie, die die Basis für den wirtschaftlichen Wohlstand gelegt hat – die starke Weltmarktstellung zu erhalten, ist daher von hoher Bedeutung.

- **Innovationen.** Ob neue Produkte, Verfahren oder andere Neuerungen – sie alle bringen Dynamik in die Wirtschaft und schaffen Potenzial für zukünftigen Wohlstand, besonders in modernen Industriegesellschaften wie Deutschland.

- **Direktinvestitionen.** Ausländische Direktinvestitionen sind ein Zeugnis für die Qualität eines Standorts – und bilden letztlich eine Grundlage für Arbeitsplätze und Einkommen.

- **Diversität des Finanzsystems.** Die Entwicklung der Unternehmen und der langfristige Wohlstand erfordern ein stabiles und dynamisches Finanzsystem. Dazu sind unter anderem vielfältige Finanzierungsmöglichkeiten notwendig.

Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Ein Anstieg gilt als  fördernd /  hindernd für die nachhaltige Entwicklung





I. Generationengerechtigkeit

Ressourcenschonung	 Energieproduktivität  Rohstoffproduktivität
Klimaschutz	 Treibhausgasemissionen
Erneuerbare Energien	 Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch
Flächeninanspruchnahme	 Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
Artenvielfalt	 Artenvielfalt und Landschaftsqualität
Staatsverschuldung	 Staatsdefizit
Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge	 Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP
Innovation	 Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
Bildung	 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss  25-Jährige mit abgeschlossener Hochschulausbildung  Studienanfängerquote



II. Lebensqualität

Wirtschaftlicher Wohlstand	 BIP je Einwohner
Mobilität	 Gütertransportintensität  Personentransportintensität  Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt
Landbewirtschaftung	 Stickstoffüberschuss  Ökologischer Landbau
Luftqualität	 Schadstoffbelastung der Luft
Gesundheit und Ernährung	 Vorzeitige Sterblichkeit  Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen  Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit)
Kriminalität	 Wohnungseinbruchsdiebstahl

III. Sozialer Zusammenhalt

Beschäftigung	 Erwerbstätigenquote
Perspektiven für Familien	 Ganztagsbetreuung für Kinder
Gleichberechtigung	 Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern
Integration	 Ausländische Schulabgänger mit Schulabschluss

IV. Internationale Verantwortung

Entwicklungszusammenarbeit	 Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen
Märkte öffnen	 Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern



IW-Analysen
Nr. 72

Hubertus Bardt: Indikatoren ökonomischer Nachhaltigkeit, Köln 2011, 52 Seiten, 16,90 Euro, versandkostenfreie Bestellung unter:

www.iwmedien.de/bookshop

Regierung in der Zwickmühle

USA. Seit dem Einbruch von 2009 ist die US-Wirtschaft nicht mehr richtig in Gang gekommen. Probleme bereitet unter anderem die hohe Arbeitslosigkeit, die den privaten Konsum ausbremst. Für neue Wachstumsprogramme ist jedoch kein Geld da – vielmehr muss die US-Regierung dringend die Staatsfinanzen sanieren.

Die USA zeigen derzeit gerne mit dem Finger auf andere Länder: So drohen sie China mit neuen Handelsbeschränkungen, weil sich Peking mit seiner billigen Währung Vorteile im Exportgeschäft verschaffe. Und die Europäer werden ermahnt, ihre Finanzprobleme entschlossener anzupacken.

Dabei sollten die Amerikaner genug damit beschäftigt sein, ihre eigene Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Denn bislang hat das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) das Niveau von 2008 noch nicht wieder erreicht. Und die Aussichten sind mau (Grafik):

Den Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge wird das reale BIP der USA 2011 lediglich um 1,5 Prozent wachsen und im kommenden Jahr kaum stärker zulegen.

Hinter diesen Zahlen steckt eine ganze Reihe von Problemen:

- **Arbeitsmarkt.** Von der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich das Land noch immer nicht erholt – im jüngsten verhaltenen Aufschwung wurden bisher zu wenige Jobs geschaffen.

Im laufenden und im kommenden Jahr dürfte die Arbeitslosenquote bei 9 Prozent verharren.

Dies ist für US-Verhältnisse ein ungewohnt hoher Wert. Vor allem der Staat baut nach wie vor Stellen ab – allein seit Anfang 2011 fast 40.000 pro Monat.

- **Privater Konsum und Investitionen.** In den vergangenen Jahren gingen die Amerikaner selbst in konjunkturell stürmischen Zeiten fleißig shoppen. Doch die anhaltende Krise auf dem Häusermarkt ließ die Schulden der privaten Haushalte in die Höhe schnellen und hat – zusammen mit der hohen Arbeitslosigkeit und sinkenden Aktienkursen – den US-Bürgern die Kaufkraft verdorben. Deshalb ist 2012 beim privaten Konsum nur ein Plus von rund 1,5 Prozent drin – zu wenig, um die Konjunktur in Gang zu bringen.

Hoffnungen weckt allerdings der erwartete Aufschwung bei den Investitionen. So dürften die Firmen im kommenden Jahr rund 7 Prozent mehr Dollars in neue Maschinen und Anlagen stecken, und auch im Wohnungsbau ist endlich wieder mit einem Plus von etwa 5 Prozent zu rechnen. Dies könnte für neue Arbeitsplätze und damit auch für mehr privaten Konsum sorgen.

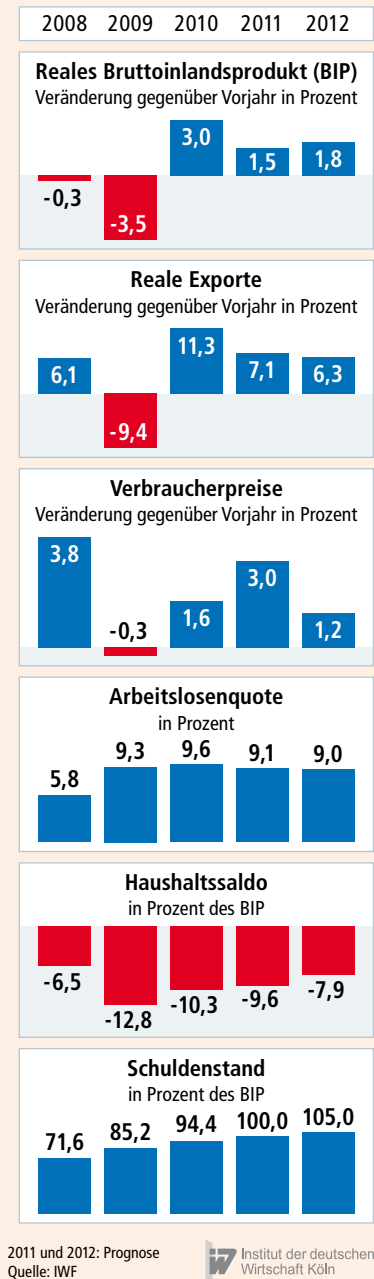
- **Staatsfinanzen.** Hier ist kaum Besserung in Sicht. Der IWF prognostiziert für 2012 ein noch immer hohes Haushaltsdefizit von knapp 8 Prozent des BIP. Die Folge:

Die Staatsverschuldung der USA steigt im kommenden Jahr auf über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Zwar soll das Budgetdefizit bis 2015 unter die 6-Prozent-Marke sinken. Doch die bisher beschlossenen Maßnahmen lassen dieses Ziel als überaus ambitioniert erscheinen. Es



USA: Schwaches Wachstum, marode Finanzen



wären zusätzliche Sparprojekte erforderlich, doch die könnten die Konjunktur noch weiter erlahmen lassen. Weil aber das in der 2009er Krise beschlossene Konjunkturprogramm demnächst ausläuft, wird das Wachstum im kommenden Jahr ohnehin schon geschwächt. Wie die Regierung von Präsident Obama aus dieser Zwickmühle herauskommen will, ist nicht absehbar.

Zu Unrecht getadelt

Bildungsausgaben. Nach Ansicht der OECD gibt Deutschland viel zu wenig Geld für Bildung aus. Dabei schneidet die Bundesrepublik, wenn man die Ausgaben je Schüler betrachtet, eigentlich ganz gut ab.

Nach den jüngsten Berechnungen der OECD gab die Bundesrepublik im Jahr 2008 nur rund 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung aus – im OECD-Durchschnitt waren es 1,1 Prozentpunkte mehr. Deutschland hat in Relation zu seiner Wirtschaftskraft allerdings

vergleichsweise wenige Kinder, also auch wenige Schüler und Studenten. Wie die Ausstattung für den Einzelnen an einer Schule oder Hochschule tatsächlich ist, erfasst deshalb eine andere Größe viel besser als der Ausgabenanteil am BIP: die Bildungsausgaben je Teilnehmer. Und nach dieser Rechnung schneidet Deutschland wesentlich besser ab:

Mit 7.400 Euro pro Schüler und Student wendete Deutschland im Jahr 2008 mehr Geld für die Bildung auf als die OECD-Länder, die durchschnittlich 7.200 Euro ausgaben.

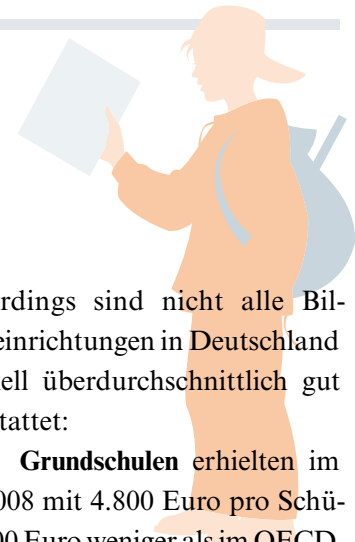
Allerdings sind nicht alle Bildungseinrichtungen in Deutschland finanziell überdurchschnittlich gut ausgestattet:

- **Die Grundschulen** erhielten im Jahr 2008 mit 4.800 Euro pro Schüler 1.000 Euro weniger als im OECD-Durchschnitt.
- **Der Sekundarbereich I** bekam mit 6.100 Euro je Schüler im Jahr 2008 ebenfalls weniger; im Schnitt gaben die OECD-Länder in dieser Schulform pro Kopf 6.800 Euro aus.
- **In der Sekundarstufe II und an den Hochschulen** dagegen lagen die deutschen Aufwendungen pro Schüler und Student zuletzt über dem OECD-Durchschnitt.

Die Situation an Deutschlands Schulen könnte sich zudem in den nächsten Jahren weiter verbessern – wenn die Mittel für Bildung trotz sinkender Schülerzahlen im Bildungssystem verbleiben.

So wird allein die Zahl der Grundschüler von aktuell knapp 3 Millionen auf rund 2,6 Millionen im Jahr 2020 sinken. Gelingt es, die Budgets aufrechtzuerhalten, würden im Jahr 2020 die Ausgaben im Bundesdurchschnitt auf 5.400 Euro je Grundschüler steigen und in vier Bundesländern würde der aktuelle OECD-Durchschnittswert von 5.800 Euro übertroffen (Grafik).

In der Sekundarstufe I, in der die Schülerzahl bis 2020 um rund 700.000 auf voraussichtlich 3,7 Millionen sinken wird, sieht es noch erfreulicher aus: Bleibt das Bildungsbudget konstant, könnten im Jahr 2020 in zwölf Bundesländern die Ausgaben je Schüler den OECD-Durchschnittswert übersteigen.

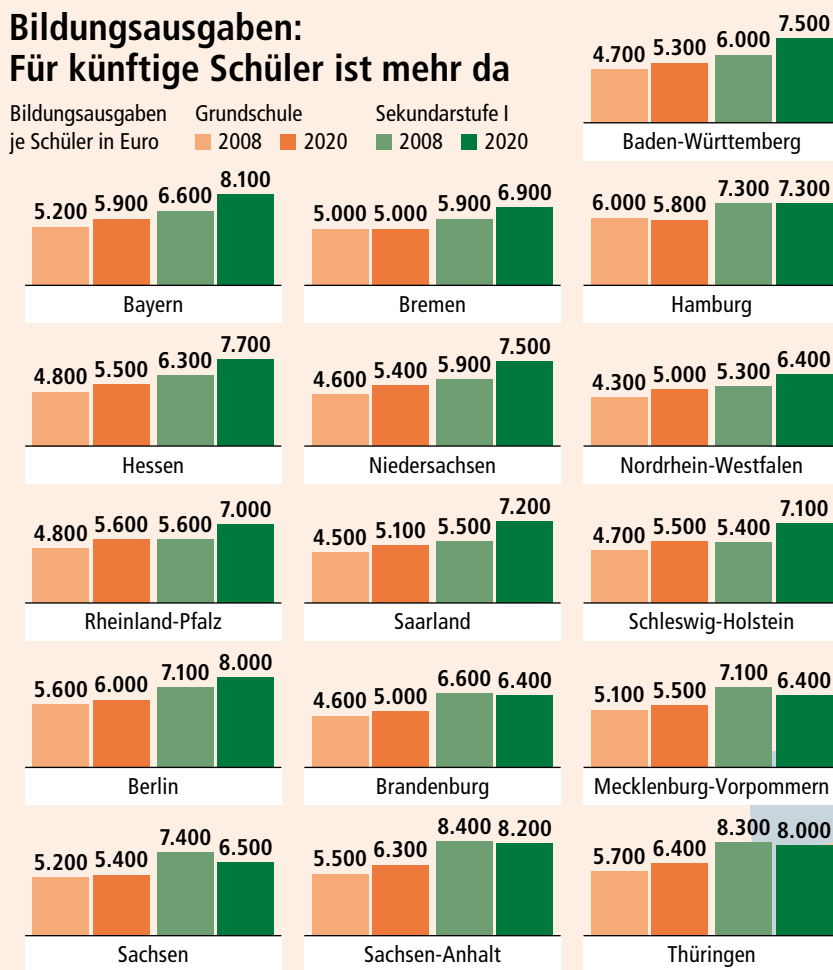


Bildungsausgaben: Für künftige Schüler ist mehr da

Bildungsausgaben je Schüler in Euro

Grundschule: 2008 (orange), 2020 (dunkelorange)

Sekundarstufe I: 2008 (hellgrün), 2020 (dunkelgrün)



2020: jeweils inklusive der demografischen Rendite, also bei konstanten Bildungsausgaben trotz sinkender Schülerzahlen zwischen 2010 und 2020
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Mesut macht's vor

Berufliche Integration. Obwohl die Debatte in Deutschland mitunter von negativen Schlagzeilen bestimmt wird, ist 50 Jahre nach dem Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei eines unstrittig: Menschen mit türkischen Wurzeln sind hierzulande beruflich viel besser integriert als weiterhin angenommen.

Die deutsche Fußballnationalmannschaft ist zwar ein oft zitiertes, aber nichtsdestotrotz gutes Beispiel für die erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund: Von den 24 aktuellen Nationalspielern haben neun ausländische Wurzeln.

Zum Beispiel Mesut Özil: Der 23-jährige Mittelfeldspieler gehört zur zweiten Migrantengeneration – seine Großeltern kamen nach Deutschland, als sein Vater Mustafa noch ein kleiner Junge war. Mit seinem Vater spricht Mesut türkisch, mit seinen Geschwistern deutsch, er selbst hat die deutsche Staatsbürgerschaft und sagt über sich, er sei „ein Beispiel für gelungene Integration“.

Es hat sich also einiges getan, seitdem am 30. Oktober 1961 in Bad Godesberg das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei unterzeichnet wurde. Aus dem geplanten „zeitlich befristeten Arbeitsaufenthalt“ ist eine regelrechte Einwanderungswelle entstanden: Von den derzeit knapp 82 Millionen Menschen in Deutschland haben rund 16 Millionen ausländische Wurzeln – und die 2,5 Millionen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund stellen dabei die größte Gruppe.

Berufliche Integration: Junge Türken besser qualifiziert

So viel Prozent einer Personengruppe in Deutschland sind ...



	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund	Mit türkischem Migrationshintergrund	Mit türkischem Migrationshintergrund erste Generation	zweite Generation
Angestellte	56	43	32	26	45
Arbeiter	21	35	43	48	33
Erwerbslose	6	12	16	16	17
ALG-I/II-Bezieher	9	21	29	30	27
ohne beruflichen Abschluss	16	32	53	69	30
Hochschulabsolventen	16	16	5	4	5

Erste Migrantengeneration: Personen, die im Ausland geboren und selbst nach Deutschland eingewandert sind
Zweite Migrantengeneration: Personen, die mindestens einen Elternteil mit eigener Migrationserfahrung haben
Angestellte, Arbeiter, Erwerbslose, ALG-I/II-Bezieher: Anteil an Erwerbspersonen;
ohne beruflichen Abschluss: Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung;
Hochschulabsolventen: Anteil an über 25-Jährigen; Ursprungsdaten: Mikrozensus 2010

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw43

Die türkischstämmige Bevölkerung ist zudem weitaus besser integriert, als oft unterstellt wird – dies zeigen die Zahlen des Mikrozensus 2010. Insbesondere die Nachfolgegeneration, also jene Frauen und Männer, die wie Özil keine eigenen Migrationserfahrungen haben, kann sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt besser behaupten als ihre Eltern (Grafik):

Während das Gros der ersten Migranten aus der Türkei seinen Lebensunterhalt in Deutschland als Arbeiter (48 Prozent) verdient, geht die zweite Generation mehrheitlich einer Beschäftigung als Angestellter (45 Prozent) nach.

Möglich ist dies, weil sich die Kinder und Kindeskiner der ursprünglich als Gastarbeiter nach Deutschland übersiedelten Türken beruflich höher qualifizieren: Fast 70 Prozent der ersten Einwanderergeneration haben überhaupt keinen beruflichen Abschluss, in den nachfolgenden Generationen sind es nur noch 30 Prozent. Obwohl noch viel zu tun bleibt – von der zweiten türkischen Migrantengeneration sind fast doppelt so viele ohne Ausbildung wie in der deutschen Bevölkerung –, ist der positive Trend nicht zu übersehen. Von dieser Entwicklung wird Deutschland zweifelsohne profitieren – kulturell wie wirtschaftlich.

Ab in den Urlaub

Urlaubs- und Feiertage. Die deutschen und dänischen Arbeitnehmer haben so viele bezahlte Urlaubs- und Feiertage wie keine anderen Beschäftigten in der Europäischen Union.

Kaum sind im letzten Bundesland die Sommerferien zu Ende, stehen woanders schon wieder die Herbstferien vor der Tür – für viele erwerbstätige Mütter und Väter ein Anlass, freizunehmen. Zwar reicht der Urlaubsanspruch eines Durchschnittsarbeitnehmers nicht aus, um jeden einzelnen schulfreien Tag mit den Kindern zu verbringen. Im internationalen Vergleich aber standen die Deutschen 2010 blendend da (Grafik):

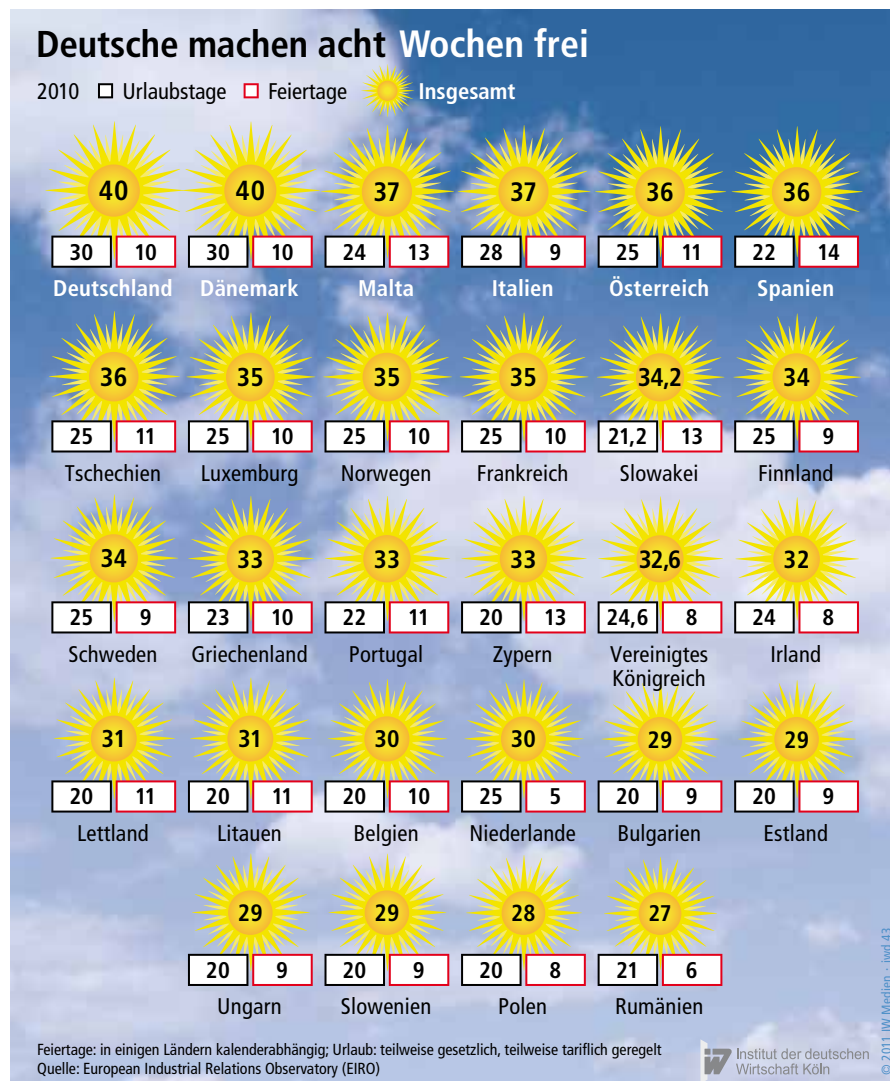
Urlaubs- und Feiertage zusammengekommen konnte man hierzulande im vergangenen Jahr bei vollem Lohn glatte acht Wochen freinehmen.

In keinem anderen Land in der EU ist der Anspruch auf bezahlte Freizeit größer. Lediglich Dänemark kann mithalten.

In den meisten neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa gibt es gerade einmal sechs Wochen bezahlte Freizeit. Ausnahmen sind Tschechien und die Slowakei mit sieben Wochen.

Seine Spitzenstellung in Sachen bezahlte Freizeit verdankt Deutschland vor allem dem hohen Urlaubsanspruch – sechs Wochen Urlaub darf sich der Deutsche nehmen. Im großen Rest der Europäischen Union sind vier – der gesetzliche Mindestanspruch – bis fünf Wochen die Regel.

Manche deutschen Arbeitnehmer können sich sogar noch mehr als die



40 freien Tage nehmen. Durch Arbeitszeitkonten können Überstunden in Freizeit ausgeglichen werden. Die Zahl der Gleittage ist oft limitiert, teilweise können sie aber auch in unbegrenzter Zahl genommen werden – die notwendigen Plusstunden auf dem Konto vorausgesetzt. Manche Firmen bieten ihren Mitarbeitern sogar an, zusätzliche Urlaubstage durch entsprechenden Lohnverzicht zu kaufen.

Bei den Feiertagen hat dagegen Spanien mit aktuell 14 Tagen die Nase vorn. Vielerorts, unter anderem in Deutschland, hängt die Zahl der

Feiertage vom Kalender ab. Fällt zum Beispiel Weihnachten auf ein Wochenende, haben die Arbeitnehmer das Nachsehen.

Die Briten können sich jedoch auf ihre acht Feiertage im Jahr verlassen. Fällt jenseits des Ärmelkanals nämlich ein Feiertag auf ein Wochenende, wird er nachgeholt – meist am darauffolgenden Montag. In diesem Jahr gab es zudem für die Briten einen extra Feiertag wegen der Hochzeit von Prinz William. Und im nächsten Jahr wird auf gleiche Weise des „Dienstjubiläums“ der Queen gedacht.

IT aus der Wolke

Internet. Cloud Computing – das Speichern von Daten oder die Nutzung von Software im Internet – ist ein Markt mit Zukunft. Doch während immer mehr IT-Anbieter eigene Angebote erstellen, reagieren vor allem kleine und mittlere Unternehmen noch verhalten auf den Trend.

Ein Düsseldorfer Unternehmen betreibt bundesweit 50 „Räderhohls“, in denen Sommer- und Winterreifen eingelagert werden. Das Geschäft läuft gut, doch für die Unternehmenssoftware wurde alles zu viel. Der Autoreifen-Dienstleister hat sich für eine neue Software entschieden – die statt vom heimischen Server nun aus dem Internet kommt. So spart die Firma bis zu 20 Prozent der Gesamtkosten.

Dies ist ein Beispiel für das sogenannte Cloud Computing. In der Cloud – der Wolke – befindet sich alles, was der Nutzer braucht. Ob Textverarbeitung oder Datenbank: All das und noch viel mehr kann man über das Internet mieten. Privatleute nutzen solche Angebote schon lange: Sie laden Urlaubsbilder in Online-Fotoalben hoch, schicken

E-Mails oder machen Termine mit dem Online-Kalender.

Für Unternehmen liegen die Vorteile auf der Hand, denn wenn sie ihre EDV selbst betreiben, müssen sie die benötigten Kapazitäten auf die Spitzenzeiten im Jahr ausrichten. So werden schätzungsweise nur durchschnittlich 20 Prozent der Serverkapazitäten in Unternehmen das ganze Jahr über genutzt. Dazu kommen oftmals teure Lizenzen für Softwareprodukte und IT-Personal.

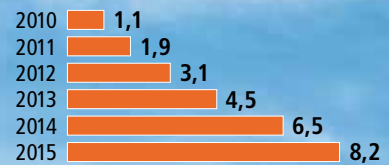
Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien geht davon aus, dass der Umsatz mit Cloud Computing von zuletzt 1,1 Milliarden Euro bis 2015 auf mehr als 8 Milliarden Euro steigt (Grafik).

Mitte des Jahrzehnts wird dann ein Zehntel der gesamten Ausgaben für Informationstechnik in Deutschland auf Cloud Computing entfallen.

Damit sich dieser Trend fortsetzt, müssen die Angebote auch kleine und mittlere Unternehmen überzeugen. So planen lediglich 11 Prozent der befragten Unternehmen, Cloud Computing zu nutzen. Insgesamt gehen aber schon 40 Prozent der

Mit der Maus in den Himmel

Umsatz mit Cloud Computing in Deutschland, in Milliarden Euro



Prognose
Quellen: BITKOM, Experton
Unternehmensberatung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 43

Befragten davon aus, dass sich Cloud Computing in zwei bis fünf Jahren etabliert haben wird.

Aus Unternehmenssicht spricht allerdings einiges gegen die IT-Miete. Vielen ist unwohl bei dem Gedanken, sensible Daten aus dem Haus zu geben und womöglich die Kontrolle darüber zu verlieren.

Cloud Computing für den Mittelstand

Was bedeutet Cloud Computing und welche Lösungen bietet es für kleine und mittlere Unternehmen? Solche Fragen beantworten das Projekt PROZEUS und Eurocloud Deutschland_eco – der Verband der deutschen Cloud-Computing-Industrie – auf einer gemeinsamen Veranstaltung am 16. November in Köln. Anhand von Anwenderbeispielen werden dort die Chancen von Cloud Computing praxisnah präsentiert.

Die eBusiness-Initiative PROZEUS (Prozesse und Standards) fördert die eBusiness-Kompetenz kleiner und mittlerer Unternehmen. In einer neuen Broschüre wird Cloud Computing vorgestellt – sie gibt es kostenfrei unter www.prozeus.de. PROZEUS wird betrieben von der GS1 Germany GmbH, einem Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für unternehmensübergreifende Geschäftsabläufe, und der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult. Finanziert wird das Projekt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Weitere Infos: www.prozeus.de

KLIMZUG-Statuskonferenz

Welche Herausforderungen der Klimawandel bringt und wie man ihm begegnen kann, wird seit 2008 in sieben deutschen Regionen im Rahmen der Fördermaßnahme KLIMZUG erforscht. Die Themen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten KLIMZUG-Projekte sind ebenso vielfältig wie die möglichen Folgen des Klimawandels. Erforscht werden unter anderem Risiken und Chancen für die Wasserwirtschaft, die Energieversorgung, den Verkehr, die Land- und Forstwirtschaft oder die Raum- und Siedlungsentwicklung.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln begleitet KLIMZUG und ist Mitveranstalter der Statuskonferenz, die am 2. und 3. November im Umweltforum Berlin stattfindet.

Weitere Infos: www.klimzug.de

Zeit zum Abschalten

Digitalisierung. Ab Mai 2012 gibt es in Deutschland keinen analogen Satellitenempfang für Fernsehen und Radio mehr. Die Umstellung auf digital bringt Vorteile für Sender, Zuschauer und die Wirtschaft.

Seit 1997 steht in Deutschland digitaler Satellitenempfang zur Verfügung. Ab dem 30. April 2012 ist er ohne Alternative – die Bildschirme derjenigen, die noch analog empfangen, bleiben dann schwarz und die Radios werden nur noch rauschen. Ein unrealistisches Schreckensszenario ist das nicht:

Mitte 2011 gab es in Deutschland noch immer rund 2,3 Millionen Haushalte mit analogem Satellitenempfang – 40 Prozent von ihnen wussten noch nichts von der Umstellung.

Allerdings ist der Anteil der digitalen Satellitenempfänger in den vergangenen Jahren stark gestiegen: Von den Haushalten, auf deren Dächern eine Satellitenschüssel steht,

Analoger Empfang stirbt aus

So viel Prozent der Haushalte mit Satellitenschüssel empfangen Fernsehen und Hörfunk digital



Stand: jeweils Jahresende, 2011: Juni
Quelle: Kommission für Zulassung und Aufsicht der Landesmedienanstalten

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwtd43

sehen inzwischen über 86 Prozent digital fern (Grafik).

Die Gründe für die Umstellung sind zunächst technischer Natur:

- Die digitalen Ton- und Bildsignale sind stärker komprimiert als die analogen und brauchen deshalb maximal halb so viele Kapazitäten. Dadurch können Frequenzen anderweitig genutzt werden – zum Beispiel für den Mobilfunk oder weitere Programme.
- Durch die digitale Technik werden Störquellen ausgeschaltet. Dadurch verbessern sich Ton- und Bildqualität und der Empfang von Bildern in High Definition (HD) wird möglich.

Doch auch der Wirtschaft spielt die Umstellung in die Hände:

Das Marktvolumen für die sogenannten Set-Top-Boxen, die das digitale Signal für den Fernseher umwandeln, lag im vergangenen Jahr bei 660 Millionen Euro.

Im Jahr 2011 werden die Konsumenten laut Branchenverband BITKOM in etwa genauso viel Geld für die neue Technik ausgeben.

Europäischer Vorreiter ist die Bundesrepublik bei der Digitalisierung übrigens nicht. In Finnland empfangen bereits 100 Prozent der TV-Haushalte digital.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.